

Verbandes der Sozialdemokratischen Parteien Deutschlands
13. Mai 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/106 - 13. Mai 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Der Westen in der Defensive Gedankenarmut der Bonner Außenpolitik	94
3 - 4	Ein großer Erfolg für Italiens Arbeiter Verbindlichkeit von Kollektivverträgen festgesetzt Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	68
5 - 6	Über Nacht wächst eine Stadt Ein Beispiel sozialdemokratischer Aufbauleistung	63
<u>Anhang:</u> 1 - 4	Zwischen Minsk und Irkutsk (II) Eine neue Phase der industriellen Revolution Von Albert Exler	203

* * * * *
* * *

Der Westen in der Defensive

G.M., Genf

Wer annimmt, daß es sich bei dem Vorstoß der Russen in Richtung auf gleichberechtigte Zulassung Polens und der Tschechoslowakei zur Genfer Außenminister-Konferenz um eine Frage der Prozedur handelt, begeht einen Irrtum. Gromyko versuchte auch mit dieser Forderung, ebenso wie mit seiner Forderung nach Zulassung der Delegationen aus beiden Teilen Deutschlands, ein Politikum zu schaffen, dessen Bedeutung für den Konferenzablauf nicht unerheblich sein wird.

Da die Sowjets sicher die Absicht haben, besonders den Friedensvertrag mit Deutschland aus dem "Paket" der westlichen Vorschläge herauszupflücken, soll nach Auffassung der Russen gleich von Anfang an klargestellt sein, daß diejenigen Staaten, die unter dem Hitler-Krieg am meisten zu leiden hatten, an den Verhandlungen beteiligt werden. Natürlich ist sich Gromyko bewußt, daß bei einer Zustimmung des Westens zu seiner Forderung auch westliche Staaten mit von der Partie sein werden, denn auch auf dieser Genfer Konferenz geht es bei Entscheidungen um auszuhandelnde Zugeständnisse von beiden Seiten.

Die Hinzuziehung von westlichen Staaten, wie etwa Belgien, Holland, Norwegen oder Italien, zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland würde in manchen Punkten das westliche Lager einschließlich der Bundesrepublik in gewisse Schwierigkeiten bringen. Schließlich sind die genannten westlichen Staaten mit der Bundesrepublik befreundet, wodurch bei irgendwelchen Forderungen nach Reparationen o.ä. mancherlei Komplikationen entstehen könnten. Vielleicht will das Gromyko.

Wahrscheinlich hat Gromyko mit seinem Vorschlag noch ein zweites Ziel verfolgt. Ganz gleich, welche Regelung in Form eines Kompromisses zwischen Ost und West gefunden wird -, die Tatsache, daß die russische Diplomatie in den beiden ersten Konferenztagen Tempo und Klima der Verhandlungen bestimmt hat, läßt sich nicht verheimlichen. Der Westen mußte defensiv bleiben.

Keiner der westlichen Verhandlungspartner hat bis Dienstagabend der sowjetischen Forderung nach Zulassung von Polen und der Tschechoslowakei ein "Nein" entgegengestellt. Es gab, mit unterschiedlichen Nuancen, eine prinzipielle Zustimmung, wobei allerdings angedeutet wurde, daß je nach dem Konferenzverlauf der Zeitpunkt bestimmt werden sollte, an dem man die Konferenz erweitern müßte.

In den Pressekonferenzen fiel auf, daß der französische Sprecher ganz besonders die Leiden Polens im Hitler-Krieg hervorhob. Hier war deutlich die Absicht der Franzosen zu spüren - ähnlich wie vor kurzem durch die Anerkennung der Oder/Weiße-Gränze -, in Warschau das Gefühl hervorzurufen, daß Polen in Paris gute Freunde hat.

Umsowegen eigenartiger wurde bei den Vertretern der großen internationalen Presse die Bemerkung des westdeutschen Sprechers empfunden, der darauf hingewiesen hatte, daß Polen auch durch andere viel zu

leiden gehabt hätte. Auf die Frage eines Journalisten, ob der Bonner Sprecher damit die Rolle der Sowjetunion andeuten wolle, erfolgte die Antwort: "Diese Bemerkung ist eine höfliche Form, sich auszudrücken".

Polen hat im Hitler-Krieg fast sechs Millionen Menschen in direkten Kampfhandlungen, durch Deportationen, Vergasung und andere Vernichtungsaktionen verloren.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Tschechen bereits einige offizielle Regierungsvertreter nach Genf entsandt haben, um "zur Stelle" zu sein, wenn die Frage der Zulassung neuer Konferenzteilnehmer akut wird. Aus Kreisen der polnischen UNO-Delegation in Genf war zu erfahren, Polen werde nur dann Vertreter nach Genf entsenden, wenn eine formelle Einladung erfolge und wenn diese Einladung auf der Grundlage eines einmütigen Beschlusses zustande käme.

Von den Absichten neuer westlicher Konferenzteilnehmer ist noch nichts bekannt. Es scheint, als werde zur Zeit eine große diplomatische Aktivität entwickelt, die das Ziel verfolgt, mögliche Aufspaltungsversuche des westlichen Lagers durch die Russen bei Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu vermeiden. Die Rolle Italiens gilt hierbei mehr als problematisch. Schließlich befand sich Italien bis zum Jahre 1943 in der Hitler-Allianz, und da man die Teilnahme anderer als der "Vier Großen" an den Friedensvertragsverhandlungen mit dem "Kastab des Leidens" zu messen gedenkt, fragt man sich, wie man die Leiden Italiens im Bündnis mit Hitler richtig einschätzen könne.

Der französische Sprecher beantwortete eine auf diesen Punkt gezielte Frage mit der Bemerkung, Italien habe auf Grund seiner Geschichte, seiner Zugehörigkeit zu europäischen Organisationen und wegen seiner besonderen Lage im Mittelmeer gute Gründe für die Teilnahme an Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland

Bei der westdeutschen Delegation scheint man sich inzwischen klar darüber geworden zu sein, daß die am Montag erfolgte Regelung über die Zulassung der beiden deutschen Vertretungen durchaus kein "Sieg" Bonn ist. Wenn es den an den Adenauer-Kurs gebundenen Berufsdiplomaten auch schwer fällt, neue Entwicklungen zu begreifen, so geben sie immerhin doch jetzt zu, daß die Anwesenheit der DDR-Vertretung neben der Vertretung Bonn im Konferenzsaal ein politisches Faktum ist.

In diesem Zusammenhang muß noch einmal darauf hingewiesen werden, wie sehr in Teilnehmerkreisen der Konferenz bedauert wird, daß von Bonn bisher keinerlei Initiative spürbar wurde, die darauf schließen läßt, wie man sich im Sinne eines Ausgleichs zwischen West und Ost in den weiteren Konferenzablauf einzuschalten gedenkt.

Wenn jemals von der Gedankenarmut der Bonner Außenpolitik gesprochen wurde - jetzt wird sie sichtbar wie kaum zuvor.

Ein großer Erfolg für Italiens Arbeiter

Von unseren Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Das italienische Parlament hat am Vorabend des 1. Mai ein Gesetz gutgeheißen, das für den sozialen Bereich von größter Bedeutung ist. Das Gesetz besagt, daß die Regierung obligatorisch zu beachtende Normen erlassen kann, die für diejenigen Arbeiter und Angestellten, welche einer bestimmten Arbeitskategorie angehören, u.a. "unwiderrufbare Minimallöhne" festsetzen. Solche Normen müssen für alle jene Arbeitskategorien erlassen werden, für die wirtschaftliche Abmachungen getroffen wurden und gewerkschaftliche Kollektivverträge vorliegen. Die jeweiligen Abmachungen und die Verträge müssen beim Arbeitsministerium deponiert und nachträglich vom Arbeitsministerium in einem besonderen Bericht veröffentlicht werden. Die von der Regierung erlassenen Normen werden sich nach den Klauseln der jeweiligen Abmachungen richten müssen, es sei denn, daß in einzelnen Betrieben bereits Abkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorliegen, die für die Arbeiter günstiger ausfallen. In diesem Fall soll in jenen Betrieben das bereits bestehende Abkommen beachtet werden.

Praktisch führt dieses Gesetz zur Allgemeinverbindlichkeit von Kollektivverträgen, und das heißt, auch für diejenigen Unternehmer und Arbeiter, die keiner Gewerkschaft und keiner Arbeitgeber-Organisation angehören. Es wird den italienischen Arbeitern nun möglich sein, die Arbeitgeber an die Beachtung von Tarifen und Klauseln zu zwingen, die durch gewerkschaftliche Verträge festgesetzt worden sind, auch wenn der Arbeitgeber an keine Unternehmer-Organisation gebunden ist.

Seit Jahren kämpften die Gewerkschaften in Italien für die Anerkennung dieses grundlegenden Gesetzes; dies umso mehr, als in Italien - und ganz besonders in Süd-Italien - die Unterbindung der von den Gewerkschaften festgesetzten Löhne sehr häufig ist. Dieses neue Gesetz, das zum Schutz der Arbeiter erlassen wurde, hängt jedoch von der Geschwindigkeit ab, mit welcher die Regierung die vom Ge-

setz vorgesehenen Normen zu erlassen gedenkt. Wenn zum Beispiel das Arbeitsministerium in seinem Bericht einen Kollektivvertrag veröffentlicht hat, so können wegen der bürokratischen Langsamkeit viele Monate vergehen, bis die Regierung jene Normen erlassen kann, welche die im betreffenden Kollektivvertrag enthaltenen Klauseln in Gesetze verwandeln. In einem Lande wie Italien, in welchem eine fortwährende Arbeitslosigkeit herrscht, werden darüber hinaus noch die Kontrolle und die ständige Initiative der Gewerkschaften erforderlich sein, um zu verhindern, daß die Angst vor der Arbeitslosigkeit - diesem drohenden Schatten, der über jeder Arbeiterfamilie liegt - die süditalienischen Arbeiter nicht dazu führt, auch unter Verhältnissen zu arbeiten, die gesetzlich unzulässig sind. Immer wieder kann festgestellt werden, daß südliche Arbeiter, besonders in der Landwirtschaftsbranche, weit unter den minimal festgesetzten Löhnen arbeiten; diese lassen sich vom Grundsatz leiten, daß "poco è sempre meglio di niente", weniger stets besser als gar nichts sei.

Dieses neue Gesetz kann als erster Schritt zur Verwirklichung des in der italienischen Verfassung enthaltenen Artikels 39 gelten, der besagt, daß "... die Gewerkschaften ... Kollektivverträge abschließen können, die für alle Angehörigen derjenigen Arbeitskategorien, auf die sich die Verträge beziehen, obligatorisch sind". Der Ausführung dieses Artikels 39 stehen viele Schwierigkeiten und viele Meinungsverschiedenheiten unter den Gewerkschaften selber im Wege. Durch die Ausführung des obenerwähnten Paragraphen würden nämlich die Kollektivverträge auch ohne die Vermittlung von Normen durch die Regierung gültig sein können. Sich auf diesen Artikel berufend, stimmten die Liberalen - als einzige Partei - gegen den Antrag, der jedoch mit 426 gegen 19 Stimmen angenommen wurde.

Es mutet eigenartig zu, daß dieses zweifellos der Arbeiterschaft dienende Gesetz, das die Linksparteien seit Jahren verlangen, gerade jetzt genehmigt wurde, da eine Regierung am Ruder ist, die von den Rechtsparteien unterstützt wird. Die Vermutung liegt nahe, daß dieser Schritt unternommen wurde, um die Allianz der Christlichdemokratischen Partei mit den Rechtsparteien nach dem erfolgten Sturz der links-zentristischen Regierung Fanfani so weit als möglich zu verschleiern.

Über Nacht wächst eine Stadt

W.H. - Ein Stück sozialdemokratischer Initiative auf kommunaler Ebene zeigt sich im Landkreis Bielefeld. In unmittelbarer Nachbarschaft Bielefelds wächst in Heide und Sand eine neue Stadt, die Serrestadt. 1400 Wohnungen sind bereits schlüsselfertig, weitere Tausende entstehen. Doch nicht nur das! Eine regelrechte Stadt wird aus den Boden gestampft - mit Schulen, Sportplätzen, Grünanlagen, Handwerksbetrieben, Geschäften, Rathaus und Kirchen.

Vor zehn Jahren entstanden die ersten Pläne im Amtszimmer des sozialdemokratischen Landrates von Bielefeld, 1954 fiel im Parlament des Kreises die Entscheidung: An der Kreuzung der Autobahn Köln-Berlin, nicht weit von Brackwede, soll die neue Stadt entstehen. Der Landkreis kaufte aus privatem Besitz den Grund und Boden auf, verlegte Kanäle, Strom- und Wasserleitungen und organisierte den Strassenbau. Dann begann das Wohnungsprogramm. Es gilt in erster Linie den Flüchtlingen, denen von 1945 und denen, die aus der Sowjetzone laufend in dieses Gebiet stossen. Insgesamt 20 000 Menschen werden hier in absehbarer Zeit wohnen. Es wird ihr Stolz sein, dass sie in einer der modernsten Städte leben können.

Was beim Aufbau der zerstörten Städte zwischen 1945 und später oft versäumt worden ist, erfüllt sich hier: Die Planung und Ausführung trägt den Verhältnissen des 20. Jahrhunderts in jeder Weise Rechnung. Kreuzungsfreie Strassen, grosszügig angelegte Fusswege. Motto: Sicherheit zuerst.

Noch steht nicht fest, wie die Stadt eines Tages wirklich heissen wird - Serrestadt ist der "Arbeitstitel", aber was sich für Experten wie Laien abzeichnet, das ist die im ganzen Lande anerkannte und bewundernswerte Leistung eines Landkreises, der aus der Wohnungsnot heraus zu diesem Projekt schritt. Dabei verdient besondere Beachtung, dass es sich hier nicht um eine Trabantenstadt handelt, deren Einwohner grundsätzlich in anderen Orten arbeiten und als Pendler hin und her fahren. Grosse Betriebe sind gewonnen worden, hier anzusiedeln, um damit gleichzeitig die wirtschaftliche Grundlage

zu sichern. 67 Gewerbebetriebe haben sich bereits niedergelassen.

Auf dem Gelände, das heute schicke Wohnsiedlungen beherbergt, sagten sich vor ein paar Jahren noch Fuchs und Hase Gute Nacht. Der Sandboden lag brach darnieder, wenn man von den wenigen Höfen absieht, die hier einst standen. Ihre Besitzer haben inzwischen in voller Übereinstimmung mit dem Landkreis als Bauträger "das Feld geräumt" und wurden entsprechend entschädigt. Neben den zahlreichen ausländischen Delegationen gehören sie zu den Staunerden, die es noch nicht recht begreifen können, dass man einer ganzen Stadt innerhalb weniger Jahre Leben einhaucht.

Landrat Franz Specht sieht in dieser gigantischen Arbeit sein Lebenswerk. Unterstützt von der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und dem Kreistag, in dem die SPD die absolute Mehrheit bildet, gelang ihm diese neuartige Stadtgründung, der das Land Nordrhein-Westfalen seit der Steinhoff-Ära in immer grösserem Masse finanziell half.

Was hier geleistet worden ist und noch zu leisten sein wird, kann vermutlich erst eine spätere Generation beurteilen, die frei von Wohnungsnot ist, denn die, die heute an dieser neuen, hochmodernen Stadt im Sand der Senne arbeiten, haben keine Zeit mehr zum Nachdenken.

Man mag sich weiterhin in restaurativen Kreisen der Bundesrepublik die Nase rümpfen beim Wort "Planwirtschaft" - doch hier, am Rande Bielefelds, ist sie und wird sie Tag für Tag verwirklicht. Einer grandiosen Idee folgte ein Plan, nachdem strikt gebaut, gesiedelt und - geletzt wird.

Bislang war es meist dem Staat selber überlassen, neue grosse Staatsiedlungen zu errichten. Der Landkreis Bielefeld ging seinen eigenen Weg! Er übernahm die Regie und die Verantwortung, weil man höheren Orts zauderte. Neues Leben auf altem, bisher bedeutungslosem Boden ist der Lohn.

Zwischen Minsk und Irkutsk (II)

Von Albert Exler

"Durch die Erfüllung des Siebenjahresplanes wird die Sowjetunion mehr Industriegüter pro Kopf der Bevölkerung produzieren, als jetzt in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern Europas, Grossbritannien und Westdeutschland, erzeugt werden. Die Sowjetunion wird in dieser Hinsicht auf den ersten Platz in Europa vorrücken. In der absoluten Produktion einiger wichtiger Güter wird die Sowjetunion den USA überlegen sein, und bei anderen wird sie sich dem heutigen Stand der Industrieproduktion in den Vereinigten Staaten von Amerika nähern. Zu diesem Zeitpunkt wird die Produktion der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung den gegenwärtigen Stand der USA übertreffen. Danach werden etwa fünf Jahre erforderlich sein, um die Vereinigten Staaten von Amerika in der Produktion von Industriewaren pro Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überflügeln. Somit wird die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt, vielleicht aber auch früher, sowohl im absoluten Produktionsumfang als auch in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung auf den ersten Platz in der Welt vorrücken, ... Durch die Erfüllung und Übererfüllung des Siebenjahresplanes sowie durch das hohe Entwicklungstempo der Wirtschaft der volksdemokratischen Länder wird das sozialistische Weltssystem ... mehr als die Hälfte der gesamten industriellen Weltproduktion liefern." (Entschliessung des KPdSU-Parteitagess 28.1.59.)

Bis zur Erfüllung dieses weit gesteckten Zielos, das die Sowjetunion an die erste Stelle unter den Industrienationen der Welt rücken soll, hat sie wohl noch einen weiten Weg zurückzulegen. Sieben Jahre werden gewiss dafür nicht ausreichen. Die Männer, die hinter diesem Plan stehen, übersehen, dass die kapitalistische Wirtschaft ja nicht stillsteht und wohl in der Lage ist, Rückschläge und Krisenerreichungen aufzufangen und zu bekämpfen. Insgesamt gesehen finden auch in der kapitalistischen Gesellschaft Produktionsausweitungen statt, wenngleich die Produktionszuwachsrate im Vergleich zu jener der Sowjetunion weitaus geringer ist, was wiederum durch die grössere industrielle Basis der hochentwickelten kapitalistischen Länder des Westens wettgemacht wird.

Vom Nullpunkt ausgegangen

Die Sowjetunion musste gewissermassen, als sie daran ging, ihr Land in einen Industrieland zu verwandeln, vom Nullpunkt ausgehen; die industrielle Produktion des zaristischen Reiches lag vor dem ersten Weltkrieg weit unter dem Durchschnitt viel kleinerer Länder; so betrug die Stahlproduktion etwa ein Viertel der Stahlproduktion des wilhelminischen Deutschland. Seine ungeheuren Kohlen- und Rohstoffvorkommen blieben mehr oder weniger ungenutzt, nur jeder 40. Russe arbeitete in einem industriellen Unternehmen, die Industrie selbst war um

Moskau, im heutigen Leningrad und im Donbecken konzentriert, westlich von Moskau bis nach Wladiwostock hin gab es kaum nennenswerte Fabriken. Erster Weltkrieg und die darauf folgenden Interventions- und Bürgerkriege zerstörten den industriellen Apparat fast vollkommen. Erst 1928, elf Jahre nach der Oktoberrevolution, hatte die Sowjetunion den industriellen Stand des zaristischen Russland wieder erreicht.

Die ersten Industrialisierungswellen

Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und den ersten Fünfjahresplänen erfolgte unter ungeheuren Menschenopfern und furchtbaren Leiden für die Bevölkerung die erste Phase der Industrialisierung. Über ihr stand das Leitwort von Stalin, die kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen. Im Westen Russlands, am Ural, und in Mittelsibirien entstanden neue grosse Industriegebiete. Das Hauptgewicht aller Anstrengungen galt dem Aufbau der Schwerindustrie. Sicher sprachen in erster Linie wohl militärische Erwägungen bei der Ausgestaltung der Fünfjahrespläne mit. Russland, das an Ausdehnung und Bevölkerungszahl so gewaltige Russland, hatte gegen viel kleinere Länder Kriege verloren, in die es durch die Politik der Zaren verwickelt wurde. Die ökonomische Schwäche Russlands verlockte zu Beginn dieses Jahrhunderts das über Nacht zur Industriemacht gewordene Japan zu einem Krieg mit Russland, den es gewann, nicht allein durch die Tapferkeit seiner Soldaten, vielmehr durch die überlegene Ausstattung an Waffen und Material. Alte Soldaten des ersten Weltkrieges erinnern sich noch, wie der Ansturm russischer Armeen gegen die österreichisch-deutsche Front im Feuer der Maschinengewehre zusammenschrak. In den letzten Jahren jenes Krieges mussten sich fünf bis sechs russische Soldaten in ein Gewehr teilen. Der Zustand, in dem die Zaren das Land hinterliessen, war eine furchtbare Anklage gegen eine Staatsführung, die es nicht verstand, ihr Land aus jahrhundertolanger technischer und wirtschaftlicher Rückständigkeit zu lösen und den Anschluss an die modernen Industriestaaten des Westens zu vollziehen.

Lenin und die Bolschewiki hatten diese tödliche Schwäche Russlands erkannt. In seinem schmucklosen Arbeitszimmer im Kreml, das der Nachwelt so erhalten blieb, wie es Lenin nach schwerer Krankheit verlassen hat, entwarf der Erneuerer Russlands den ersten Plan zur Elektrifizierung der Sowjetunion. Der berühmte britische Schriftsteller H.G.Wells, hielt diesen Plan für eine Ausgeburt der Phantasie. Er sagte, Lenin und sein Anhang seien einer elektrischen Utopie erlegen. Die Antwort Lenins: " Im Laufe der nächsten zwanzig Jahre wird ganz Russland elektrifiziert sein." Lenin erwies sich hier als Prophet. Die Sowjetunion wurde elektrifiziert, gewaltige Kraftwerke an seinen mächtigen Strömen wurden aus dem Boden gestampft und versorgten eine um sie entstehende Industrie mit Kraft und Strom.

Verwandlung von Grund auf

Die ersten Industrialisierungswellen verwandelten das Ries Reich von Grund auf. Der Anteil der Arbeiterschaft im Volkhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl nahm ständig zu, viele neue Städte mit Hunderttausenden von Einwohnern wuchsen aus Steppe und Taiga empor.

Die Stadtbevölkerung nahm innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte um 60 Millionen zu; jeder zweite Russe wohnt in Städten. Im gleichen Zeitraum vermehrte sich die Zahl der Städte mit über 500 000 Einwohnern von 11 auf 25.

Mit Zwangsmethoden, wie sie nur ein Stalin anwenden konnte, wurden grosse Teile der Dorfbewölkerung in die neu erschlossenen oder neu zu erschliessenden Gebiete getrieben, schreckliche Entbehrungen den Menschen auferlegt. Die Geburt zu einer Industrienation erfolgte unter ähnlicher bedrückenden Begleiterscheinungen, wie sie Friedrich Engels in seinem erregenden Buche: "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" geschildert hat, nur mit dem Unterschied, dass hinter diesem Prozess eine unerbittliche Führung stand und er sich in wenigen Jahrzehnten vollzog, wo westliche Länder dazu mehrere Generationen brauchten. Das so völlig gewandelte Russland hielt in zweiten Weltkrieg der grössten Belastung in seiner Geschichte stand, obwohl es schwere, heute noch nicht vernarbte Wunden vom Überfall des Dritten Reiches daventrug und die Erinnerung daran sich bei den Überlebenden zu einem Trauma verdichtete. Die Sowjetunion war dem Zusammenbruch nahe, deutsche Armeen standen 1941 im Weichbild Moskaus, der grösste Teil seiner industriellen Kapazität war jahrelang in deutscher Hand - man muss sich daran erinnern, wenn man wesentliche Beweggründe der sowjetischen Deutschlandpolitik von heute erkennen will.

Dieser skizzenhafte historische Rückblick auf einige Jahrzehnte Sowjetgeschichte ist zum Verständnis für das notwendig, was sich heute, 14 Jahre nach Kriegsende, in der Sowjetunion vollzieht.

Die Kinder der Revolution - heute die führende Schicht

Heute tritt die Sowjetunion in einen neuen Abschnitt ihrer wechselvollen und dramatischen Geschichte ein. Das Land durchschreitet eine neue Phase der industriellen Revolution, die zwar unter dem gleichen Leitbild vom Einholen und Überholen der kapitalistischen Länder steht, aber andere Wesensmerkmale aufweist, als sie für die stalinistische Epoche typisch waren. Sie sind in der Ära Chruschtschow liberaler und auch humaner geworden. Der stalinistische Zwangstaat mit seinen Arbeits- und Konzentrationslagern hat sich überlebt, er kam mit dem ökonomischen Unterbau in unlösbare Widersprüche, er war zu einem Hemmnis für die weitere Entfaltung der Produktionskräfte geworden.

Wer sind die führenden Menschen, die heute der sowjetischen Wirklichkeit das bestimmende Gepräge geben, an der Spitze von grossen Industriekombinationen stehen und die Ziele des Siebenjahresplanes durchführen? Die alten Revolutionäre aus der ersten Vor- und Nachkriegszeit verschwanden, sie starben und starben aus oder fielen den grausamen Säuberungsaktionen der dreissiger Jahre zum Opfer. Eine neue Generation, die Kinder der Revolution, wuchs heran und sie bekleidet in Wirtschaft und Gesellschaft die leitenden Stellungen. In der Sowjetunion von heute hat die Generation der 35- 50-Jährigen die Schlüsselpositionen in der Hand. Aus ihren Reihen kommen die Chef-Architekten, die Direktoren der grossen Industriebetriebe, die Leiter der Volkswirtschaftsräte. Zwei von ihnen stellten sich auf unsere Bitte hin zum Gespräch, sie gaben freimütig Auskunft, wichen keiner Frage aus und vermittelten uns ein umfassendes Bild ihrer Tätigkeit und der Aufgabenstellung der Volkswirtschaftsräte (Sownarhosn).

Typischer Werdegang

Der Werdegang dieser beiden Männer aus Minsk und Irkutsk ist typisch. Beide erlebten als Kinder den Bürgerkrieg, beide stammen von Arbeitern ab (der Vater des einen war noch ein Analphabet) beide arbei-

teten als junge Menschen, der eine als Schlosser, der andere als Bergarbeiter. Durch Selbststudium und durch den Besuch von Abendschulen bildeten sie sich weiter, durchliefen die ganze Stufenleiter der Aufstiegsmöglichkeiten in den Betrieben, wurden als verhältnismässig junge Menschen schon zu Leitern von mehreren Industrieunternehmungen ernannt, um schliesslich ihre vorläufige Karriere als Vorsitzende von Volkswirtschaftsräten zu beenden, denen im Zuge der vor zwei Jahren erfolgten Reorganisation der sowjetischen Wirtschaft eine zentrale Bedeutung zukommt. Sämtliche Vorsitzende halten enge Verbindung zueinander, ohne die Einschaltung der Moskauer Plankommission, sofern es sich nicht um grundlegende, Planziele umwerfende Dispositionen handelt. Das neue dezentralisierte System arbeitet ökonomischer; früher war es schwierig, in Kontakt zu kommen mit Betrieben, die ausserhalb des Wirkungsbereiches eines Moskauer Ministeriums lagen. Eine schwerfällige Bürokratie erstickte die Initiative und die Verantwortungsfreude von unten, die örtlichen Reserven blieben unausgenutzt, auftauchende Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung und in der Erstellung von Kapitalgütern führten oft zu einem Leerlauf.

Moskau beschränkt sich auf Kontrolle

Heute, nach der Reorganisation der Wirtschaft, übt Moskau mehr eine kontrollierende Funktion aus, den regionalen Volkswirtschaftsräten bleibt ein weiter Handlungsspielraum überlassen, sie wirken entscheidend in der Aufstellung der Planziele mit. Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler sind bei der Planerstellung für jeden Produktionszweig durch ihre besten Kräfte vertreten. Sämtliche Betriebe haben Produktionsräte, bestehend aus Gewerkschaftsmitgliedern und Betriebsleitung. Sie rechnen aus, was möglich ist, dies dient als Grundlage für den Gesamtplan. Es gibt natürlich Engpässe. In einem solchen Fall wird entschieden, ob eine neue Maschine eingesetzt oder die bestehenden Maschinen vermehrt werden sollen. Die Mitarbeit von Filialen der Akademie der Wissenschaften auf allen Ebenen ermöglicht die Verwirklichung der Planziele, so dass nach diesem neuen System und seiner dezentralisierten Auflockerung allzu grosse Lücken zwischen Plansoll und dem wirklich Erreichten kaum mehr entstehen dürften, wie sie für die ersten Fünf-Jahrespläne charakteristisch waren. Nach dieser Neuorganisation sollen - so wurde uns unabhängig voneinander an verschiedensten Stellen versichert - Produktionssteigerungen von 30 bis zu 40 Prozent eingetreten sein.

Die wirtschaftliche Aufteilung der Sowjetunion in 106 Volkswirtschaftsbezirke (Sowjetrepubliken) gibt den Vorsitzenden dieser Bezirke eine grosse Machtfülle. Er selbst wird vom Ministerialrat der Sowjetunion ernannt. Der Volkswirtschaftsrat besteht aus 9 Mitgliedern, die sich der Vorsitzende selbst auswählen kann, wobei er schon aus Nützlichkeitserwägungen die Vorschläge der Gewerkschaften, der örtlichen Sowjets und der kommunistischen Partei berücksichtigt. Die endgültige Berufung erfolgt zwar durch die russische föderative Republik, jedoch soll bisher kein Fall vorgekommen sein, dass sich diese dem Vorschlag des Leiters eines Volkswirtschaftsrates widersetzt hätte. Diese Männer sind das Gehirn der sowjetischen Wirtschaft. In ihrem Habitus, in ihrer Denkweise und in der Fülle der Verantwortung, die auf ihnen lastet, unterscheiden sie sich kaum von den Managern westeuropäischer oder amerikanischer Riesenkonzerne.

(weitere Berichte folgen)